



Starke Region Sursee

Projektsteuerung „Abklärung Fusion
Geuensee Knutwil Mauensee Sursee“
c/o Frau Yvonne Hunkeler
BDO AG
Landenbergstrasse 34
6005 Luzern

Sursee, 28. Juni 2011

Stellungnahme des Vereins „Starke Region Sursee“ zum Zwischenbericht „Abklärung Fusion Geuensee, Knutwil, Mauensee, Sursee“

*Wir haben uns aus Gründen der Lesbarkeit für die männliche Form entschieden.
Fett und kursiv sind Auszüge aus dem Zwischenbericht.*

Sehr geehrte Mitglieder der Projektsteuerung
Sehr geehrte Frau Hunkeler

Herzlichen Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme zum Zwischenbericht. Als Verein, der zwischenzeitlich über 130 Mitglieder hat und sich die Stärkung der Region Sursee zum Ziel gesetzt hat, sind wir sehr interessiert daran, zu den Resultaten der sieben Fachruppen Stellung nehmen zu können.

3. Vorgehen im Projekt

Mit der Bemerkung: ***Sollte die Abklärung zeigen, dass ein Zusammenschluss den Gemeinden Vorteile bringt, dann soll im November 2012 (in Abhängigkeit...) die Bevölkerung über das Zusammengehen der Gemeinden ... entscheiden. (Seite 4)*** stellt sich für uns die Frage was passiert, wenn die Behörden zur Überzeugung kommen, dass der Zusammenschluss keine oder zuwenig Vorteile bringt!

Am Ende der Phase 2 (Schema Seite 5) ist der Grundsatzentscheid durch die Stadt- und Gemeinderäte über Go oder No-Go vermerkt. Ebenfalls entnehmen wir dort: ***Ziel dieser Phase ist die Überprüfung der Auswirkung einer Fusion als Grundlage für einen Vorentscheid durch die Exekutive, ob den Stimmberechtigten ein Fusionsvertrag unterbreitet werden soll. (Seite 5)*** Wir sind der Meinung, dass ein No-Go Entscheid durch die Bevölkerung und nicht durch die Behörde gefällt werden müsste. Dies umso mehr, als die Stimmberechtigten den Exekutiven im letzten Herbst den Auftrag zur Abklärung gegeben haben. Falls sich jedoch die Exekutive einer oder mehrerer Gemeinden für ein No-Go entscheiden würde, erwarten wir eine Begründung die nachvollzogen werden kann, logisch ist und keine Zweifel an diesem Entscheid offen lassen. Falls sich ein No-Go Entscheid in unseren Augen nicht aufdrängt, werden wir verzugslos in den entsprechenden Gemeinden eine Gemeindeinitiative starten, die den Stadt- bzw. Gemeinderat beauftragt, dem Bürger mittels Volksabstimmung zu ermöglichen, über die Teilnahme an der Fusionsabstimmung zu entscheiden.

Präsident:
Beat Leu, Ribimatte 6, 6210 Sursee
Tel: 041 412 12 20
E-mail: info@regio-sursee.ch
Homepage: www.regio-sursee.ch

Sekretär:
Emil W. Scherer, Parkweg 6, PF 465, 6210 Sursee
Tel: 041 925 71 61
Fax: 041 925 71 62
E-Mail: emil.scherer.espagsu@tic.ch



3.2 Projektorganisationen

Auf Seite 7 wird der Auftrag der Begleitgruppe Begegnung / PR aufgeführt. Dort ist formuliert: **Die Gruppe hat die Mitwirkung der Bevölkerung phasengerecht zu planen und sicher zu stellen.** Die Mitwirkung der Bevölkerung wurde unseres Erachtens zu wenig praktiziert. Ein Monat für eine Stellungnahme zu einem 43-seitigen Bericht ist zu kurz bemessen. Auch die Informationsveranstaltung im Februar war zu kurzfristig angesagt. Für die nächste Phase erwarten wir die Möglichkeit dass sich Vereine, Parteien und Bürgern der betroffenen Gemeinden intensiv und zeitgerecht beteiligen können. Das beinhaltet Informationsveranstaltungen, Referate durch Spezialisten mit Fusionserfahrung, Workshops zu spezifischen Themen (z.B. entsprechend den Fachgruppen) etc. Es handelt sich hier um ein Projekt, mit einer Tragweite über mehrere Dekaden! Wenn nicht hier, wo sonst soll Mitsprache und Mitentscheidung in unserer bewährten direkten Demokratie gelebt werden?

5.1.1 Strategische Chancen einer neuen Gemeinde

Diese Liste kann beliebig erweitert werden:

- Einheitliche Strategie bezüglich verschiedener Bereiche zwecks ganzheitlicher Entwicklung der Region
- Optimale Ausnutzung bestehender Infrastruktur
- Effizienzsteigerung auf allen Ebenen
- Höhere Professionalität
- Umfassenderes Angebot an potentiellen Behördenmitgliedern
- Regionale Solidarität
- Demokratie gewinnt, bilaterale Abkommen entfallen

5.1.2 Strategische Risiken einer neuen Gemeinde

Einige der aufgeführten Risiken sind rein willkürlich und nicht nachvollziehbar:

- Politisches Interesse nimmt ab?
- Ortsteile „veröden“?
- Ghettoisierung von Ortsteilen?
-

Der Bürger erwartet Sachlichkeit und keine Polemik.

6. Ergebnisse der Abklärung

Die Fachgruppen 2, 3 und 7 stellen fest, dass eine Fusion nicht zwingend ist. Das war schon immer klar. Wir wollen aus der Position der Stärke fusionieren und nicht weil wir müssen. Die Bemerkung: **„eine Fusion ist nicht zwingend,“** ist deshalb keine Aussage. Wird die Fusion in diesen Fachgruppen empfohlen oder nicht?

6.2 FG 1: Verwaltung / Personal

6.2.1 Standort Verwaltung

Eine Zentrale Verwaltung macht grundsätzlich Sinn.

Tendenziell wurden bei den Gemeinden Geuensee, Knutwil und Mauensee die Bedürfnisse geäußert, dass Ansprechpersonen und allenfalls einzelne Dienstleistungen in den zukünftigen Gemeindegebieten erhalten bleiben sollten.



Diesen Bedürfnissen sollte Rechnung getragen werden. Einzelne Halbtage vor Ort entsprechen den Wünschen der lokalen Bevölkerung und sollten deswegen in Betracht gezogen werden. Eine Möglichkeit wären Satelliten mit fixen Schalterstunden und geschützten Terminals. Eventuell könnten sogar weitere Dienstleistungen wie Post oder Bank in gemeinsamer Zusammenarbeit angeboten werden.

6.2.2 Führungsmodell

Das CEO-Modell wäre zwar eine konsequente Lösung. Aus diesem Grund sollte eigentlich das Geschäftsführermodell umgesetzt werden. Das Geschäftsleitungsmodell hat sich auf der anderen Seite in Sursee bewährt und wäre ebenfalls ein gehbarer Weg. Auf keinen Fall darf die Fusion an dieser Frage scheitern, dafür ist sie zu wenig wichtig.

6.2.3 Organigramm

Die Chance, bestehende Strukturen zu optimieren, sollte genutzt werden. Eine strategische Führung durch 7 Stadträte ist deshalb zu prüfen. 7 Stadträte hätten den Vorteil, dass die einzelnen Gemeinden besser in der Exekutive vertreten wären. Entsprechend müsste die Struktur der Verwaltung angepasst werden. Sie müsste nach dem Beziehungsgeflecht organisiert werden. (Einwohnerdaten, Steuerdaten, Grundeigentumsdaten...)

6.2.4 Arbeitsplatzgarantie

Arbeitsplatzgarantie grundsätzlich JA, jedoch nur für das Personal der Verwaltung und nicht um jeden Preis. Der möglichen Effizienzsteigerungen durch eine Fusion, muss grösste Bedeutung beigemessen werden.

FG 2: Bildung / Freizeit / Kultur / Jugend

6.3.1 Bildung

d) Schulpflegestatus

Die Schulpflege mit Behördenstatus lehnen wir ab. Wir schlagen eine Bildungskommission vor. Zwei Behören sind problematisch, denn Strategie und Finanzen sollen aus einer Quelle (Exekutive) kommen. Eine Bildungskommission hat entscheidende Vorteile (weniger schwerfällig, unabhängiger, kann auf Nachbargemeinden bzw. den Bedürfnissen entsprechend erweitert werden...). Von Bund und Kanton sind sehr viele Sachen vorgegeben, so dass eine Bildungskommission ausreichend ist. Eine Sitzgarantie könnte in einer Bildungskommission unterstützt werden.

e) Kultur- und Sportvereine

Während einer Übergangsphase sind Besitzstandwahrung und Anpassungsbestrebungen zu regeln bzw. zu unterstützen. Ist nicht nötig. Die Vereine sollten die Aufgabe in eigener Initiative bewältigen. Wir haben starke Vereine.

6.3.3 Fazit der Fachruppe

Eine Fusion ist für den Volksschulbereich nicht zwingend. Wird die Fusion empfohlen oder nicht? Wir wissen, dass diese Fusion nicht zwingend ist.

Die strategische Führung soll durch den Stadtrat und nicht durch die Schulpflege erfolgen.



FG 3: Soziales / Gesundheit / Alter

6.4.1 Gesundheit

Betreutes Wohnen sowie Mütter- und Väterberatung dezentral in den jeweiligen Dorfteilen anzubieten unterstützen wir. (Erfahrungsaustausch vor Ort, mit direkten Nachbarn, Heimatgefühl, Verwurzelung)

6.4.2 Soziales

b) Sozialhilfe strategisch

Wir unterstützen, dass die strategische Führung aus dem Stadtrat heraus zentral erfolgen soll.

g) Familienergänzende Betreuung im Vorschulalter dezentral anzubieten, unterstützen wir.

Eventuell sollten weitere Dienste im Bereich Soziales (z.B. Kinder- und Erwachsenenschutz) durch Fachkräfte vor Ort angeboten werden. (Kenntnis der örtlichen Verhältnisse) Bei der Beurteilung ist das regionale SoBZ einzubeziehen.

6.4.4 Fazit der Fachruppe

Die Fachgruppe erachtet eine Fusion bezüglich ihrer Bereiche als nicht zwingend. Wir die Fusion empfohlen oder nicht? Wir wissen, dass diese Fusion nicht zwingen ist.

FG 4: Öffentliche Sicherheit / Versorgung / Entsorgung

6.5.1 Zusammenfassende Ergebnisse

b) Werkdienste, Werkhöfe

Voraussichtlich in Knutwil ist ein Feuerwehr-Werkhofgebäude vorzusehen. versus

a) Feuerwehrwesen:

Um die Vorgaben der Gebäudeversicherung Luzern zu erfüllen, muss im Gemeindegebiet Knutwil ein Feuerwehr-Werkhofgebäude erstellt werden, da die jetzigen Räumlichkeiten nicht gesichert sind. Braucht es jetzt ein Feuerwehr-Werkhofgebäude oder nicht?

i) Friedhof, Bestattungswesen

Der Friedhofbetrieb mit eigenem Personal ist ein Muss. Eventuell gibt es da Alternativen? (Stellenpool, Schulhausabwart mit Zusatzaufgaben...)

n) Gastgewerbe, Gewerbewesen

Eine neu geschaffene Stelle in der Verwaltung agiert als Ansprechperson für Gastwirte/Gewerbler und sollte am „Puls“ der auftretenden Herausforderungen sein.

Warum soll für Gastwirte / Gewerbler eine neue Stelle in der Verwaltung geschaffen werden? Alle Beteiligten haben bei einer Fusion eine auftretende Herausforderung. Dafür braucht es nirgends einen „Pulsfühler“! Mit dem Gewerbeverein besteht bereits eine starke Einrichtung.

FG 5: Raumentwicklung

Hier besteht das grösste Potenzial. Die beiden direkten Nachbarn Oberkirch und Schenkon müssen hier ebenfalls miteinbezogen werden. Wir empfehlen, als Grundlage für die koordinierte räumliche



Entwicklung des Konzept "Mittellandstadt Sursee" zu verwenden. Die Fusionsgemeinden mögen sich beim Entwicklungsträger, resp. der Regionalplanung einbringen und gemeinsam mit den anderen Gemeinden, die sich nicht im Prozess der Fusionsabklärungen befinden, absprechen.

FG 6: Finanzen

In Luzern ist Druck zu machen, damit wir in diesem Punkt Klarheit haben. Da die Fusion hier in und um Sursee jedoch eine strategische Fusion aus der Stärke heraus ist, sollte den Finanzen nicht allzu viel Bedeutung beigemessen werden.

FG 7: Behörden / Demokratische Rechte

6.8.2 Wahlverfahren und Struktur des Gemeinderates

Wir wehren uns vehement gegen die Sitzplatzgarantie. Sie beinhaltet Risiken und Gefahren. Zudem ist sie nicht nötig, da der Bürger genug mündig ist, fähige Köpfe zu wählen. Um der Angst entgegen zu wirken, dass die Nachbargemeinden in der neuen Gemeinde zu wenig vertreten sind, sollte eine Exekutive mit 7 Mitgliedern geprüft werden, jedoch ganz klar ohne Sitzgarantie. Der Bürger ist genug mündig und wird die richtigen Köpfe wählen, unabhängig davon, ob er aus Sursee (Gemeinde Mauensee), Sursee (Gemeinde Geuensee), Sursee (Gemeinde Knutwil) oder woher auch immer kommt. Zudem ist Sitzplatzgarantie kompliziert, umständlich und birgt viele Gefahren (keine Kandidaten, schlechte Kandidaten...)

Ein Einwohnerrat wäre eventuell eine Alternative zur Gemeindeversammlung.

6.8.3 Kommissionen

c) Bildung

Um der Bedeutung des Bildungsbereichs gerecht zu werden und die Gemeinderäte zu entlasten, ist der Behördenstatus der Schulpflege einer Kommission vorzuziehen.

Wenn die Gemeinderäte strategisch arbeiten, braucht es keine Schulpflege zur Entlastung. Wir haben in allen vier Gemeinden sehr gute Rektoren und Schulvorsteher. Eine Bildungskommission reicht aus und kann auch mit relativ viel Kompetenz ausgestattet werden. Ebenso kann sie durch andere Gemeinden ergänzt werden. Von Bund und Kanton wird bereits sehr viel vorgegeben. In einer Bildungskommission könnte eine Sitzplatzgarantie eventuell Sinn machen.

Schlussbemerkung. Die 7 Fachgruppen haben grosse und umfangreiche Arbeit geleistet. Herzlichen Dank. Das Resultat liefert die Sicht aus der Verwaltung. Was den Bürger tatsächlich interessiert und was für ihn wichtig ist, muss nun herausgefunden und berücksichtigt werden. Möglicherweise sind es ganz andere Schwerpunkte als diejenigen die im Bericht festgehalten werden.

Beat Leu
Präsident „Starke Region Sursee“